

Wilhelm Neurohr:

Kommunale Selbstverwaltung am Ende?

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter!

Für die Einladung hier nach Wiesbaden darf ich mich zunächst herzlich bedanken. Mit gewisser Ehrfurcht bin ich aus NRW in Ihre noch relativ reiche und gepflegte Landeshauptstadt von Hessen gefahren, in der meines Wissens eine rege Bürgerbeteiligung noch von einem demokratischen Gemeinwesen zeugt, auch im Rahmen der Lokalen Agenda 21.

Zwar weiß ich, dass sich auch in Wiesbaden die desolote kommunale Haushaltssituation zuspitzt, aber die Stadt trotz Gewerbesteuersenkung vor 2 Jahren immer noch Investitionen in Höhe von fast 200 Mio. € im Doppelhaushalt 2002/2003 vornehmen konnte, wenn ich richtig informiert bin. Doch auch in Städten wie Wiesbaden ist die akute Gefährdung der kommunalen Selbstverwaltung absehbar.

Es beginnt überall der Ausverkauf der Städte und Gemeinden unter dem Druck der Globalisierung, der sich bis auf die kommunale Ebene unmittelbar auswirkt.

Als Vertreter aus dem Bundesland NRW, in dem es der kommunalen Selbstverwaltungsebene demgegenüber schon ganz besonders bedrohlich ergeht, muss ich Ihnen eingangs leider dramatische Lageberichte auftischen, die zunächst Endzeitstimmung verbreiten.

Zum Schluss kommen wir aber hoffentlich zu der gemeinsamen Erkenntnis, dass vielleicht das drohende Ende der kommunalen Selbstverwaltung zugleich der hoffnungsvolle Aufruf zu einem neuen Anfang ist, der durch Menschen wie Sie gestaltet wird, die sich heute Abend für dieses Thema interessieren und engagieren.

Und es gibt sehr wohl Alternativen zu Privatisierung, Ausgliederung und Sozialabbau, also eine Gegenbewegung zur bevorstehenden Kommerzialisierung des öffentlichen Gemeinwesens und der örtlichen Daseinsvorsorge an allen Orten.

Auch gibt es örtliche Modellversuche z.B. mit einem Bürgerhaushalt, mit der Bürgerkommune und mit Bürgerstiftungen, mit direkter Demokratie und mit einer am Gemeinwohl orientierten Regionalen Kreislaufwirtschaft, mit regionaler oder lokaler Gutscheinswährung, wo es auf Kooperation statt auf Konkurrenzkampf ankommt.

Der kommunale Ausverkauf muss nicht sein, sondern es gibt auch Auswege aus der kommunalen Globalisierungsfalle, die ja auch von Menschen aufgebaut worden ist und folglich durch Menschen wieder änderbar ist – um wieder dahin zu kommen, was die Gemeindeordnung als Kommunalverfassung den Menschen vor Ort an demokratischen Selbstverwaltungsgarantien gegeben hat bei der Gründung dieser Republik.

Lebenswerte Städte und Gemeinden sind ja unsere Lebensumwelt. Hier ist der Ort, wo sich viele engagieren und wohlfühlen wollen – ein Stück Heimat auf dem Globus.

Nur mit ausreichenden Finanzmitteln und mit engagierten Menschen können Städte und Gemeinden für eine lebenswerte Umwelt, bessere Kinderbetreuung, für Kultur, Sport und Soziales sorgen.

Wenn jedoch die Menschen durch längere Arbeitszeiten oder drohende Arbeitslosigkeit gezwungen sind, sich alltäglich nur noch um ihre eigenen Existenzgrundlagen zu kümmern, verbleibt keine Zeit und Kraft mehr für das Engagement in der örtlichen Gemeinschaft, die umso wichtiger wird, je mehr die Verarmung und Spaltung der menschlichen Gesellschaft quer durch die Bevölkerungsgruppen in den Stadtteilen voranschreitet.

Die Städte und Gemeinden und ihre Bewohner als Verlierer des globalen Wettbewerbes

Wir erleben ja nicht nur die materielle Verarmung der Verlierer des Globalisierungswettbewerbes, sondern wir erleben insgesamt auch eine geistige und seelische Verarmung und Erkaltung, die nur durch die Nähe und Wärme der örtlichen Lebensgemeinschaften in der Kommunen ausgeglichen werden kann.

Doch die Ökonomisierung aller Lebensverhältnisse und des politischen Denkens macht auch vor den Städten und Gemeinde nicht halt.

Die Städte denken nur noch in betriebswirtschaftlichen Kategorien und verstehen sich als eine Art Konzern. Die Bürger werden in Kunden umgetauft und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Rathäusern und öffentlichen Einrichtungen sind nur noch lästige Kostenfaktoren, die es zu reduzieren gilt.

Da hat sich im Denken etwas geändert. Neoliberale Stadtkämmerer und Wirtschaftsförderer predigen gebetsmühlenartig das Heil in Privatisierungsmaßnahmen und plappern den Unternehmensmanagern vieles nach.

Neuerdings ist die Rede vom Neuen kommunalen Finanzmanagement, von doppelter Buchführung mit Gewinn- und Verlustrechnung und Bilanzen, um die kommunalen Einrichtungen für die bevorstehende Übernahme durch kommerzielle Unternehmen berechenbar und kalkulierbar zu machen, um sie auf dem silbernen Tablett zum Verkauf anzubieten – nach der bekannten Formel: gewinnträchtige Bereiche privatisieren, verlustträchtige Einrichtungen Bereiche sozialisieren oder schließen. (Ich komme gerade heute Nachmittag von einem dienstlichen Pflichtseminar zum Neuen kommunalen Finanzmanagement als Mitglied der Leitungsgsgruppe in meiner Verwaltung).

Darunter leiden gerade die Einkommensschwächeren, die auf die kommunalen Sozialeinrichtungen angewiesen sind, die aber in diesen Wochen mit den Spar- und Kürzungsbeschlüssen in mehrfacher Hinsicht die Leidtragenden sind.

Als Steuerungsinstrument für diese neue Abwärtsentwicklung dient die staatliche Steuer- und Gemeindefinanzpolitik, deren Reformbemühungen in der vorigen Woche von den kommunalen Spitzenverbänden und den Gewerkschaften und auch von den Bürgermeistern aller Parteien vor Ort einhellig für gescheitert erklärt worden ist.

Die Kommunalfinanzen sind am Abgrund - und nur noch das Trio Schröder, Eichel und Clement versuchen das ganze Desaster schönzureden. In Wirklichkeit wollen sie den geringeren Stellenwert der kommunalen Selbstverwaltung, in denen nicht nur Schwimmbäder und Bibliotheken schließen müssen, weil angeblich der internationale Standortwettbewerb keine andere Wahl lässt.

Nun müssen ausgerechnet die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger sowie Behinderten nach den Hartz-Gesetzen die kommunalen Haushalte von Sozialhilfeleistungen entlasten, während andere Einkommensarten und Vermögen bei den kommunalen Steuern verschont bleiben.

Liebe Anwesende, es geht heute Abend im Wesentlichen um 3 große Gefährdungen der kommunalen Selbstverwaltung, und zwar

1. durch den gewollten Wegfall von Steuereinnahmen und Finanzaufteilungen für die Gemeinden, wodurch die Kommunen an den Rande des Ruins gelangen und zum Ausverkauf ihrer kommunalen Einrichtungen und Dienstleistungen mittels Privatisierung oder Schließung gezwungen sind;

2. durch das weltweite GATS-Abkommen der Welthandelsorganisation auf Betreiben der EU, das in absehbarer Zeit die Kommunen rechtlich zwingen wird, die verbliebenen restlichen kommunalen und öffentlichen Dienstleistungen zu kommerzialisieren;

3. durch die bundesweiten Projekte für das „virtuelle Rathaus“, mit dem eine schleichende Privatisierung auch hoheitlicher Aufgaben im Gange ist durch Public-Private-Partnership – also durch die Verquickung von öffentlichen und kommerziellen Dienstleistungen im digitalen Netzwerk.

Dies wird zu einer allmählichen Auflösung der ortsbezogenen Zuständigkeiten und Aufgabenerbringungen der Rathäuser führen – hin zu zentralen kommerziellen Dienstleistungsanbietern übers Internet, mit 3 Nebeneffekten:

- es findet der größte Personalabbau in der Geschichte der Kommunalverwaltungen statt,
- der befürchtete gläserne Bürger wird Wirklichkeit, der seinen Personalausweis statt in Wiesbaden unterwegs im Münchener Rathaus ändern kann, wo seine gläserne Bürgerakte einsehbar ist;
- und es wird eine totale Abhängigkeit der Kommunen und ihrer Bürger von den kommerziellen Netzanbietern entstehen, die faktisch die Gemeindegrenzen und territorialen Verwaltungsräume als kommunale Gestaltungsebene gegenstandslos werden lassen. Die Stadt Wiesbaden gilt ja als die Nr. 1 bei den kommunalen Multi-Media-Angeboten per Internet.

Als vierte Gefährdung müsste man eigentlich noch diejenige ansprechen, die durch die erschreckende Gleichgültigkeit und Ahnungslosigkeit der betroffenen Bürgerinnen und Bürger gegenüber all diesen Entwicklungen entsteht - die also nicht wissen und bemerken, dass in Kürze die demokratisch gewählten Kommunalparlamente so gut wie nichts mehr zu entscheiden und zu gestalten haben.

Immer mehr Menschen in den Städten und Gemeinden werden aber allmählich wach und initiativ, und das ist gut so.

Denn wir stehen allen ernstes und ohne Schwarzmalerei kurz vor dem verfassungswidrigen Ende der untersten und wichtigsten staatlichen Demokratie-Ebene. Selbst der

deutsche Städtetag als Interessenvertretung der Kommunen sprach angesichts der ausbleibenden Gemeindefinanzreform von einer verfassungswidrigen Gefährdung der dritten Säule im Staate.

Kommunalfinanzen am Abgrund: das Beispiel Nordrhein-Westfalen Haushaltssanierung auf Kosten der Ärmsten und Schwächsten

Darum beginne ich meinen Vortrag etwas ausführlicher mit der fehlenden Finanzausstattung der kommunalen Selbstverwaltungsebene, die in meinem Bundesland NRW zu besonders dramatischen Verhältnissen führt; von 397 Kommunen in NRW sind 350 in einem Haushaltssicherungsverfahren.

Aber keine Sorge, hier in Hessen sieht es bald nicht besser aus, wenn wir als Bürger nicht aufwachen, um energisch zu handeln gegen die Aushöhlung unseres Grundgesetzes und gegen die Gefährdung unserer Lebensqualität.

Bei uns in Nordrhein-Westfalen ist der Verfall der Städte und der kommunalen Infrastruktur allenthalben schon optisch sichtbar, mit einer Vielzahl von sozialen Brennpunkten, so dass mir als gelerntem Stadtplaner das Herz blutet.

* Öffentliche Gebäude und Schulen verkommen, weil kein Geld für die Renovierung mehr da ist; viele Straßen mit ihren Schlaglöchern sind bessere Feldwege; Parks verschmutzen und vergammeln, weil wegen der Sparmaßnahmen nicht genügend Personal vorhanden ist;

* an der abendlichen Beleuchtung wird gespart, und ohne Tabus wird über weitere Schließungen oder Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen und Einrichtungen in allen Bereichen nachgedacht.

* Kinderarmut und Sozialhilfeempfänger sind in manchen Stadtbezirken auf 30% der Bevölkerung angewachsen, die Arbeitslosen auf 20%. Dort konzentrieren sich die Verlierer der Globalisierung, deren Grenzen nicht mehr zwischen Staaten und Kontinenten verlaufen, sondern mitten durch die Bevölkerungsgruppen vor Ort in den Stadtteilen.

Und es sind ja die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, auf deren Rücken die desolaten Gemeindefinanzen saniert werden sollen, indem ausgerechnet bei den Ärmsten der Armen die Sozialleistungen nach den Hartz-Gesetzen gekürzt werden - zwecks Kostenentlastung für die Kommunen. Tatsächlich will man aber den Kommunen auch noch die Kosten für die Langzeitarbeitslosen aufbürden. Das macht allein in meiner Heimatregion Kreis Recklinghausen 1,1 Md. € in 5 Jahren aus.

Seit kurzem werden den Kommunen auch die Eingliederungshilfen für die Behinderten zu teuer, insgesamt 578.000 Leistungsempfänger sind bundesweit betroffen. Der Deutsche Städtetag hat Anfang diesen Monats eine Diskussion darüber losgetreten, ob es nicht die Pflicht eines jeden einzelnen sei, sich gegen das Lebensrisiko der Behinderung privat abzusichern.

Die soziale Gerechtigkeit gerät also immer mehr unter die Räder.

Kanzler Schröder, der die Kommunen finanziell ausbluten lässt, hat ja sein bisheriges Motto von „Innovation und sozialer Gerechtigkeit“ verkürzt und spricht jetzt mit seinen

Unternehmerfreunden nur noch vom „Jahr der Innovation“. Die soziale Gerechtigkeit ist erst real und nun auch aus dem Wortschatz ausgelöscht.

Man kann hierzu nur den alten Staatsrechtslehrer aus dem Altertum, den heiligen Augustinus zitieren, der sagte: „Ein Staat, dem es an sozialer Gerechtigkeit mangelt, was ist der anderes als eine große Räuberbande?“

Inzwischen sind auch die verarmten Kommunen Opfer dieser räuberischen Umverteilung von unten nach oben, von der öffentlichen Hand in die privaten Taschen. Während die Gesamtverschuldung der Kommunen gegen 100 Milliarden € tendiert, ist in der gleichen Zeit das Geldvermögen in privater Hand auf 5,8 Bio. € angewachsen, allerdings konzentriert auf einige wenige Taschen. Das sind diejenigen, die von der Steueroase Bundesrepublik profitieren und von der Befreiung bei den kommunalen Steuerleistungen.

Wer in den letzten Wochen und Monaten die Zeitungsschlagzeilen verfolgt hat, der müsste ja längst mitbekommen haben, dass sich unsere Kommunen – die Städte, Kreise und Gemeinden – nicht nur in der schwersten Finanzkrise seit Gründung der Bundesrepublik befinden, sondern in einer ernstesten Existenzbedrohung.

Die Situation der Kommunen ist so dramatisch wie noch nie, und daran wird die halbherzige Gemeindefinanzreform der Bundesregierung nichts ändern, die bei allen Kommunalpolitikern maßlose Enttäuschung und Empörung hervorgerufen hat.

Die Regierung hat sich bekanntlich geweigert, alle Einkommensarten an der Finanzierung der Gemeindeaufgaben zu beteiligen.

Die Gesamtverschuldung der Kommunen in Deutschland beträgt deshalb inzwischen 90 Mrd. €. Nach einem Rekorddefizit von 10 Mrd. € im vergangenen Jahr, davon alleine die Hälfte in NRW mit 4,4 Mrd. €, müssen die Kommunen auch in 2004 weitere Schulden in Milliardenhöhe machen.

Den 141 Mrd. € Einnahmen stehen trotz drastischer Ausgabenkürzungen 151 Mrd. € Ausgaben gegenüber.

Daran ändert nichts der Reformkompromiss zwischen Regierung und Opposition bei der sogenannten Gemeindefinanzreform vom Dezember, die den Kommunen lediglich 2,3 Mrd. € jährlich erbringt, also nicht einmal ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Den 396 Städten und Gemeinden in NRW bringt das gerade einmal lächerliche 185 Mio. € an Entlastungen, auf alle verteilt. Das ist von den leeren Versprechungen in Milliardenhöhe übriggeblieben.

Die vorgezogene Stufe der nächsten Steuersenkung, die wiederum mit Privatisierungen gegenfinanziert werden soll, wird den Kommunen indirekt noch mehr Einnameverluste in Höhe von 3,8 Mrd. € zusätzlich bescheren.

Das Finanz- und Schuldendesaster ist aber nicht wie ein Naturgesetz vom Himmel gefallen oder weil alle Kommunen über ihre Verhältnisse gelebt hätten, sondern es war und ist bundespolitisch gewollt. Die vorausgegangene Steuerreform von Finanzminister Hans Eichel hat bei den Gemeinden insgesamt 40 Mrd. € bei der Gewerbe- und Körperschaftssteuer wegbrechen lassen, um so den Privatisierungs- und Rationalisierungsdruck mitsamt dem Leistungs- und Personalabbau auf der kommunalen Ebene zu erhöhen und zu beschleunigen.

Der gewollte Ausverkauf des Sozialstaates soll vor der kommunalen Ebene nicht halt machen, damit deren lukrativen Dienstleistungen von privaten kommerziellen Anbietern übernommen werden können und die defizitären Dienstleistungen eingestellt werden. Die Verarmung der öffentlichen und kommunalen Haushalte zugunsten privater Reichtumsvermehrung ist nicht nur die Folge dieser Politik, sondern deren Ziel und Absicht.

Hier schlägt die neoliberale Art und Weise der Globalisierung als Folge einer bestimmten Denkweise unmittelbar bis auf die kommunale Ebene und deren Finanzausstattung durch.

In NRW sind folglich 90% der Städte nicht mehr in der Lage, ihre Ausgaben über reguläre Einnahme zu bestreiten. Im Vorjahr fehlten 557 Mio. €, die nur über Kredite oder Verkauf von Vermögen aufzubringen waren. Von 396 Kommunen des Landes befanden sich im Vorjahr 170 in einem sogenannten Haushaltssicherungskonzept, das in 56 Fällen nicht genehmigt war – das heißt, sie hatten keinerlei Lösungen, wie sie innerhalb von 4 Jahren ihr Defizit ausgleichen können.

Das bedeutet im Klartext: Sie sind de facto Pleite. Die Presseschlagzeilen sind also nicht übertrieben, die da lauten: „Der Pleitegeier kreist über den Rathäusern“.

Aus dem Ruhrgebiet nenne ich nur 3 Beispiele:

* Die Großstadt Duisburg finanziert ihre laufenden Personalkosten bereits rechtswidrig über Kredite. Sie kann eigentlich keine Gehälter mehr zahlen.

* Die Stadt Gelsenkirchen hatte Haushaltslöcher von rund 50 Mio. € bei gleichzeitig 17,3% Arbeitslosen. Der dort ansässige Energiekonzern E.on verlangte von der Stadt 30 Mio. € Körperschaftssteuer zurück nach Nutzung des Privilegs, Firmenbeteiligungen steuerfrei abzugeben, wie dank Finanzminister Hans Eichel eingeführt.

* 9 von 10 Städte im krisengeschüttelten Kreis Recklinghausen, wo ich in der Kommunalverwaltung tätig bin, werden nicht einmal mehr die Haushaltssicherungskonzepte von den Aufsichtsbehörden genehmigt – ein Armutszeugnis für den größten Kreis der Bundesrepublik und die fünftgrößte Gebietskörperschaft nach Berlin, Hamburg, München oder Köln.

Der kommunale Gestaltungs- und Handlungsspielraum ist folglich nahe Null. Alle Sparbemühungen sind ausgereizt; Personalkosteneinsparungen bundesweit im Ausmaß mehrerer Hunderttausend Stellen bereits erfolgt; interkommunale Zusammenarbeit ist vielfach ausgeschöpft.

Privatisierung als Kommerzialisierung: Der Ausverkauf der Kommunen

Ein armer Staat soll also arme Gemeinden schaffen, um Sozialleistungen und Solidarsysteme radikal nach unten zu bringen und Privatisierung zu erzwingen.

Der perspektivlose Ausverkauf von Staat und Kommune ist also längst in vollem Gange. Krankenhäuser, Stadtwerke, Altenheime – alles steht zum Verkauf an Private an und wird kommerziellen statt öffentlichen Interessen untergeordnet.

Die Privatisierung des Gesundheitswesens setzt sich auch auf der kommunalen Ebene fort mit dem Verkauf städtischer Krankenhäuser oder Kreiskrankenhäuser an teilweise ausländische Konzerne und gefährdet oder verschlechtert die Versorgung.

Bei unserem ver.di-Kongress in Recklinghausen vor 4 Wochen zur Gesundheitsreform sind wissenschaftliche Umfragergebnisse veröffentlicht worden, wonach in den privatisierten Krankenhäusern die anschließenden Nachteile für Patienten wie für das Personal nachgewiesen wurden.

Das ist nur ein Beispiel für einen Versorgungsbereich.

Bei uns in Recklinghausen hat jetzt ohne vorherige Ratsbeschlüsse ein Global-Player aus Australien, die Firma Cleanway, nach europaweiter Ausschreibung im gesamten Ruhrgebiet die Entsorgung der gelben Tonne für den sortierten Plastikmüll und Metallteile übernommen, zu Lasten der städtischen Müllabfuhr und zusammen mit dem Subunternehmer Firma Rethmann als Marktführer, die durch die rheinischen Korruptions- und Müllskandale in die Schlagzeilen geriet.

Dieselbe Firma möchte nun rechtlich verhindern, dass die Kommunen im Ruhrgebiet die übrige regionale Abfallentsorgung mit einer eigenen GmbH durchführen, um auf Entsorgungspreise und Umweltqualität überhaupt noch kommunalpolitisch Einfluss nehmen zu können.

Doch die Weltfirma Cleanway schaffte es wochenlang nicht, den Austausch der Mülltonnen zu organisieren, so dass sich bei den erbosten Bürgern der sortierte Müll wochenlang in den Kellern stapelte.

Nach einem Leserbrief, den ich dazu in der Regionalzeitung schrieb, bekam ich einen bösen Anruf vom Gesamtbetriebsratsvorsitzenden der Firma Rethmann sowie einen Brief von der Geschäftsleitung - mit einer Vorladung in die deutsche Konzernzentrale - wegen Geschäftsschädigung.

Auch die Privatisierung der regionalen Wasserversorgung durch das größte deutschen Wasserversorgungsunternehmen Gelsenwasser ist in unserer Stadt und Region durch Verkauf der kommunalen Anteile längst erfolgt, ebenso der Verkauf der kommunalen Aktien beim regionalen Energieversorgungsunternehmen.

Und das regionale Nahverkehrsunternehmen konnte sich gegen die private Konkurrenz nur behaupten durch drastische Lohnkürzung bei den Busfahrern und der Absenkung von Tariflöhnen. Nun kürzt die Landesregierung auch noch Zuschüsse für das Nahverkehrsunternehmen in zweistelliger Millionenhöhe. Die Nachbarregion hat bereits rings um die Stadt Münster jedweden abendlichen Busverkehr eingestellt, auch die Rufbustaxis u.ä. Dienstleistungen in den Abendstunden. Laufen im Dunkeln über Land ist auch viel gesünder.

In der Stadt Münster hat allerdings ein beispielhaftes Bürgerbegehren die geplante Privatisierung der Stadtwerke verhindert, die auch den städtischen Nahverkehr betreiben. Selbiges gelang den Bürgern im Landkreis Nordfriesland gegen den Verkauf der 3 Kreiskrankenhäuser an einen englischen Konzern.

Man muss schon Masochist sein, um unter diesen widrigen Umständen überhaupt noch Kommunalpolitik verantworten zu wollen. „Tafelsilber“ wird verkauft; wertvolle

Grundstücke, Gebäude oder Anteile an regionalen Versorgungsunternehmen werden verscherbelt, mit Verlust politischer Einflüsse und Gestaltungsmöglichkeiten. Eine Gemeinde ohne eigene Einrichtungen, Immobilien oder Vermögen ist jedoch ein Papiertiger.

Anfänge einer allmählichen Widerstandsbewegung gegen den Niedergang des kommunalen Gemeinwesens und der Selbstverwaltung

Die in der Verfassung garantierte kommunale Selbstverwaltung befindet sich im Ausverkauf, und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger leisten nur schwachen Widerstand. Dabei sind bundesweit in den letzten Jahrzehnten schätzungsweise 50% aller kommunalen Dienstleistungen und Einrichtungen bereits eingeschränkt, aufgegeben, ausgegliedert, verkauft oder privatisiert worden. Jetzt ist auch der verbliebene Rest gefährdet.

Der Ernst der Lage wird deutlich durch ungewöhnliche gemeinsame Bündnisse, wie es sie noch nie zuvor jemals gegeben hat:

die kommunalen Spitzenverbände, also der Städtetag, der Städte- und Gemeindebund und der Landkreistag, unternehmen zusammen mit der Gewerkschaft ver.di, mit den kommunalen Arbeitgeberverbänden, mit attac und mit Bürgerinitiativen, mit den Sozialverbänden und mit den Bürgermeisterinnen und Gemeinderäten über alle parteipolitischen Grenzen hinweg spektakuläre Protestaktionen.

Unter dem Motto „Städte in Not - Reformen statt Kahlschlag“ starteten im November bundesweite Aktionswochen, mit kreativen Maßnahmen.

Viele phantasievolle Aktionen sind von attac, von ver.di, von Bürgerinitiativen oder von Beschäftigten der Rathäuser veranstaltet worden:

* Verwaltungsmitarbeiter in der Stadt Essen beispielsweise demonstrierten mit Wasser und Brot und mit einem Streichkonzert: Sie taufte das Rathaus in „Kassa blanco“ um.

* Die Auszubildenden der Stadtverwaltung liefen als Sandwich durch die Stadt und zeigten mit vergammelten Straßenschildern und Laternen aus den Museen, was alles auf dem Spiel steht.

* In einer anderen Stadt wurde in einer Badewanne demonstriert, was alles baden gehen wird, vom öffentlichen Nahverkehr bis zu den maroden Straßen, von Jugend- und Sozialeinrichtungen bis zu den Kultureinrichtungen und öffentlichen Krankenhäusern. Leistungs- und Angebotskürzungen sind längst in vollem Gange.

Die öffentlichen Versorgungseinrichtungen für Energie, Wasser und Abfall sind größtenteils schon privatisiert, wie bereits erwähnt.

Und in über 150 finanzschwachen Kommunen in Deutschland sind diese Infrastruktureinrichtungen an amerikanische Firmen verleast worden im Rahmen des sogenannten **Cross-Border-Leasing**.

Für die 20 beteiligten Kommunen in NRW hat das gerade einmal 359 Mio. € in die leeren Kassen gespült.

Bei uns in Recklinghausen hat sich dagegen eine Bürgerinitiative in kürzester Zeit gebildet und etliche Tausend Unterschriften für ein Bürgerbegehren gesammelt, ist jedoch vor dem Verwaltungsgericht unterlegen.

Die unseriösen Leasing-Geschäfte mit amerikanischen Trusts als Steuertricks, die demnächst durch den US-Senat unterbunden werden sollen, sind als Akt der Verzweiflung bei den finanzschwachen Kommunen anzusehen.

Um für ein laufendes Haushaltsjahr ein paar Millionen € Einnahmen zu erzielen zum Stopfen von Haushaltslöchern, werden für Jahrzehnte die Abwasserkanalisation, die Kläranlagen, Schulgebäude, Stadthallen, Rathäuser U-Bahn-Strecken usw. verleast, mit unvertretbaren Risiken für die Kommunen durch 700-seitige kleingedruckte Knebelungsverträge in englischer Sprache, die kein Stadtrat verstehen und lesen kann.

Die eigentlichen Gewinner dieser Geschäfte sind die Finanztrickser in Nadelstreifen, also die involvierten Arrangeure, Finanzmakler, Anwälte, Bankberater und Wertgutachter, die bei dem Steuerdeal eben so viele Millionen abkassieren wie die Kommunen selber. Es sind also nicht die Retter und Helfer der Kommunen, sondern ihre Verführer und Gegner, die sich in einem trojanischen Pferd verstecken. Ein solches haben wir in RE in der Fußgängerzone symbolisch aufgebaut.

Für die nun in Abhängigkeit geratenen Gemeinden sind das keine nachhaltigen Geschäfte: Wie gewonnen so zerronnen. Denn im nächsten Haushaltsjahr stehen sie vor dem gleichen Problem neuer Einnahmelöcher.

Und inzwischen kontrollieren Inspekture aus den USA hier vor Ort, ob den Scheingeschäften wirkliche Gegenwerte zugrunde liegen. Möglicherweise müssen nun die Kommunen den Konzernen vertragsgemäß die entgangenen Steuergewinne erstatten – ein Vielfaches dessen, was die Kommunen selbe davon abbekommen haben.

Mit katastrophalen Sparplänen droht auch die Schließung von Kindergärten, Schulen und karitativen Einrichtungen der freien Träger sowie die Entlassung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Es ist nur eine Frage der Zeit, wann im öff. Dienst die Kommunalverwaltungen betriebsbedingte Kündigungen aussprechen.

In Nordrhein-Westfalen läuft derzeit eine landesweite Volksinitiative unter dem Titel „Jugend braucht Zukunft“ mit einer Unterschriftenaktion. Dort geht es um ein Bürgerbegehren im Landtag gegen die Streichorgie der Landesregierung im Bereich der Jugendhilfe und freien Jugendarbeit der Kommunen und der freien Träger. Hier sollen die Mittel rabiat um 70% d.h. um 40 Mio. bzw. 22 Mio. € gekürzt werden. Die Kürzungen bedeuten das Aus für die meisten Einrichtungen und das Lahmlegen der gesamten kommunalen Jugend- und Kinderbetreuung.

Doch es ist sehr schwer, die erforderlichen 60.000 Unterschriften dafür zusammenzubekommen, obwohl sich landesweit auch ein soziales Bündnis mit örtlichen Zukunfts- und Sozialforen gebildet hat.

Ein bundesweites soziales Bündnis auf nationalstaatlicher Ebene wollen wir am 15. Mai von ver.di in Berlin anstoßen, wo ich auch an einer Podiumsdiskussion zum Thema des kommunalen Ausverkaufs teilnehmen werde.

Und auch in anderen Bereichen bedeutet jede weitere finanzielle Kürzung das Aus für weitere öffentliche Einrichtungen aller Art. Auch bislang reiche und prosperierende Städte wie Wiesbaden sind längst betroffen, nicht mehr nur die strukturschwachen Industriestädte.

Freibäder, Bibliotheken und Musikschulen schließen allerorts, öffentliche Gebäude vergammeln und deren Ausstattung steht zur Disposition.

Bei uns in Recklinghausen findet gerade der Ausverkauf der städtischen Sozialwohnungen statt. Und als erste Stadt erwägt man auch, die städtischen Trauerhallen auf den Friedhöfen zu privatisieren, d.h. zukommerzialisieren. Bald kann sich der Normalsterbliche keine Bestattung mehr leisten.

Geburt und Tod sowie Lebenshaltung des Menschen werden unbezahlbar in einer Gesellschaft, die den Menschen und seine öffentliche Versorgung nur noch als lästigen Kostenfaktor betrachtet – so ist das kalte neoliberale Weltbild und Menschenbild der Marktradikalen nun einmal ideologisch geprägt, in dem der Mensch selber zu einer handelbaren Ware geworden ist. Die Kommunen sind bereits die Verlierer der neoliberalen Globalisierung.

In Recklinghausen und 12 weiteren Städten im nördlichen Ruhrgebiet haben wir deshalb ein breites Recklinghäuser „Bündnis zur Rettung der Kommunen“ geschmiedet, dem ein landesweiter Kongress zur Rettung der kommunalen Selbstverwaltung vorausgegangen war unter dem Titel: „Droht der Ausverkauf von Staat und Kommunen?“ Daran konnte ich maßgeblich mitwirken.

In Stuttgart haben wir einen großen sozialen Zukunftskongress im Sommer vorigen Jahres veranstaltet, wo wir Zukunftsvisionen für die Erhaltung und Gestaltung des öffentlichen und kommunalen Gemeinwesens und für eine wirksame Gemeindefinanzreform entwickelt haben.

Die Tagungsergebnisse sind ebenfalls schriftlich dokumentiert und bei ver.di oder beim Sozialforum Stuttgart erhältlich. (siehe auch im Internet www.privatisierungswahn.de)

Rückbesinnung auf Ursprung, Chancen und Bedeutung des kommunalen Gemeinwesens und der örtlichen und regionalen Selbstverwaltung

Immer mehr Menschen werden allmählich wach, weil Ihnen bewusst wird, dass die kommunale Selbstverwaltung eine lebenswichtige soziale, politische und kulturelle Funktion ausfüllt.

Öffentliche und kommunale Dienstleistungen sind soziale Errungenschaften, ohne die Demokratie gar nicht möglich ist. Sie sind Grundlage des deutschen und europäischen Gesellschaftsmodells und Wertesystems.

Ohne kommunale Daseinsvorsorge ist eine Gewährleistung der allgemeinen Menschenrechte nicht möglich und damit kein menschenwürdiges Leben, insbesondere nicht der Zugang zu lebensnotwendigen Einrichtungen medizinischer Versorgung, Bildung, Wasser, Wohnung, Energie und Verkehrsmittel usw.

Je mehr die Globalisierung voranschreitet und die nationalstaatlichen Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten schwinden, umso bedeutender wird die kommunale und

regionale Selbstverwaltungsebene - als soziale, kulturelle und demokratische Gestaltungsebene - wenn wir uns nicht einer quasi anonymen Wirtschaftsdiktatur ohnmächtig ausliefern wollen.

Wenn es die kommunale Selbstverwaltungsebene nicht in ihren übrig gebliebenen Resten noch gäbe, müssten wir sie gerade jetzt ganz neu erfinden und beleben. Die Städte und Dörfer waren ja ursprünglich die sozialen und kulturellen Keimzellen für unser solidarisches Gemeinschaftsleben in gegenseitiger Hilfeleistung. Nur von hier aus kann deshalb auch wieder eine soziale und kulturelle Erneuerung und Zukunftssicherung in erster Linie erfolgen.

Eine Veränderung und Verbesserung der Welt findet entweder durch die handelnden Menschen vor Ort statt oder sie findet gar nicht statt. Bloße Forderungen an höhere Instanzen helfen uns nicht weiter.

Wenn die aktive Bürgergesellschaft nicht eine höhere Wertschätzung für die kommunale Selbstverwaltungsebene entwickelt, nachdem die Kommunalparlamente ja immer weniger zu entscheiden haben, dann verabschieden wir uns von den tragenden Fundamenten eines demokratischen Gesellschaftsmodells.

Die Politik in Staat und Kommunen verzichtet auf ihre rechtlichen und politischen Gestaltungsvorgaben, weil sie durch die Wettbewerbsideologie der Global-Player erpressbar geworden ist.

Man überlässt den Wirtschaftsunternehmen nicht nur das politische und kulturelle Feld, obwohl das Demokratieprinzip über dem Ökonomieprinzip stehen sollte. Sondern man betätigt sich auch noch als deren Erfüllungsgehilfen durch die Verquickung von Staat und Wirtschaft, anstatt auftragsgemäß das Wohl des Volkes zu mehren und Schaden von ihm zu wenden.

Stattdessen möchte man das Volk am liebsten belehren und umerziehen, bis es die Notwendigkeit des verfassungswidrigen Sozialstaatsabbaus trotz der sozialen Spaltungen und Ausgrenzungen endlich einsehen möge.

Wir schlittern sehenden Auges in eine Art Wirtschaftsdiktatur, und unsere Kinder und Enkel werden uns demnächst ähnliche Fragen stellen wie wir seinerzeit unseren Großeltern nach der Diktatur der dreißiger Jahre, was wir denn an Widerstand geleistet haben zugunsten einer Globalisierung mit menschlichem Antlitz und zugunsten des örtlichen Gemeinschaftslebens.

Die kommunale Selbstverwaltung als Ort der direkten Menschenbegegnung ist nämlich nicht nur durch die dramatische Finanzsituation, sondern durch weitere Entwicklungen massiv bedroht und gefährdet, wie ich eingangs ansprach.

In der Öffentlichkeit ist aber bisher der Fokus nur auf die offenkundige Gefährdung durch die von Staat und Wirtschaft entzogenen Gemeindefinanzen gerichtet. Zumindest für diesen Teilaspekt ist man endlich wach geworden.

Das GATS-Abkommen der Welthandelsorganisation erstrebt eine Zwangskommerzialisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Noch schlafend ist die Politik und Öffentlichkeit trotz der vielen Kampagnen von attac für diejenigen, viel bedrohlicheren Gefährdungen der kommunalen Selbstverwaltung, die ihr von globaler Ebene droht, nämlich von der WTO, der Welthandelsorganisation.

Jetzt könnte man fragen: was haben wir auf der kommunalen Dienstleistungsebene mit der Welthandelsorganisation zu tun – also mit einer Einrichtung, die seit ihrer Gründung im Jahre 1994 rund 20 internationale Abkommen geschlossen hat mit ihren 146 Mitgliedsstaaten von insgesamt 189 Staaten dieser Erde.

Nun, da gibt es ein Abkommen, das seit 1999 neu verhandelt wird und kurz vor dem Abschluss steht, mit dem in den nächsten Jahren die Zukunft fast sämtlicher kommunalen Dienstleistungen und damit die Existenz der kommunalen Selbstverwaltungsebene weltweit in Frage steht, unabhängig von der jeweiligen Finanzsituation, und zwar endgültig und unumkehrbar.

Die Rede ist vom sogenannten GATS-Abkommen, dem weltweiten Rahmenabkommen für den weltweiten ungehinderten Handel mit Dienstleistungen.

Die Abkürzung GATS steht für „General agreement on Trade in Services“. Erstmals in der Menschheitsgeschichte – zumindest aber seit dem Sklavenhandel – werden zwischenmenschliche Dienstleistungen zur Handelsware nach dem internationalen Handels- und Wettbewerbsrecht erklärt – mit schwerwiegenden Folgen für die öffentliche Daseinsvorsorge und die kommunale Selbstverwaltung.

Die ganze Erde und der Mensch selber wird damit zur käuflichen Handelsware auf dem liberalisierten Markt, was er auf dem Arbeitsmarkt ohnehin schon ist.

Wichtige Maßnahmen der Daseinsvorsorge kann man aber nicht der Marktbeliebigkeit überlassen.

Betroffen von der Liberalisierung des Dienstleistungshandels sind nahezu alle Bereiche, die künftig dem Zwang zur Kommerzialisierung unterworfen werden sollen:

- das Gesundheitswesen und die Krankenhäuser,
- die Kinder- und Altenbetreuung,
- das komplette Schulwesen und die Erwachsenenbildung,
- die Kultur mit Museen und Büchereien,
- die Rechtspflege,
- die Energie- und Wasserversorgung,
- das öffentliche Sparkassenwesen,
- Tourismus und Verkehrswesen, Postdienste,
- Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen usw.

Bundswirtschaftsminister Clement möchte ja am liebsten auch noch die öffentlichen Straßen und Plätze privatisieren. Die Bahnhöfe sind ja de facto privatisiert.

Mit der Übernahme der öffentlichen Versorgungseinrichtungen findet in verfassungswidriger Weise eine Enteignung von Staat und Kommune durch die private Wirtschaft statt.

Ausgenommen sind scheinbar zunächst noch die hoheitlichen Aufgaben, aber nur dann, wenn nicht in einem der 146 beteiligten Staaten bereits eine Privatisierung vollzogen wurde.

Eine sogenannte Meistbegünstigungsklausel legt nämlich fest, dass ein Vorteil, der einem Mitgliedsstaat gewährt wird, auch von jedem anderen Mitgliedsstaat gefordert werden kann, und zwar für alle Dienstleistungssektoren.

Das bedeutet zugleich ein Subventionsverbot oder ein Anspruch für kommerzielle

Dienstleister, die gleichen öffentlichen Zuschüsse einschließlich Personalkostenzuschüsse zu erhalten.

Damit ist gleichzeitig eine Einschränkung der regionalen Wirtschaftsförderung und der kommunalen Planungshoheit verbunden; z.B. dürfen Einkaufszentren auf der grünen Wiese nicht mehr behindert und heimische Betriebe nicht mehr bevorzugt werden.

Auch örtliche oder nationale Umweltstandards, Sozialstandards oder Tarifstandards dürfen den freien Handel mit Dienstleistungen nicht mehr behindern – also ein Eingriff in das demokratische Selbstverwaltungsrecht und in die Tarifautonomie – überdies ein **Sozialstaatsverbot**.

Die Kommunalparlamente haben also zukünftig im Zuge dieser Zwangsprivatisierung nicht mehr selber zu entscheiden, ob sie eine öffentliche Einrichtung aufrechterhalten oder privatisieren wollen oder nicht, sondern sie haben demnächst gar keinen politischen Gestaltungsspielraum mehr und werden entbehrlich.

Mit dem Scheitern der Welthandelskonferenz im mexikanischen Cancun vor 3 Monaten sind gottlob weitere Bestrebungen vereitelt worden, mit einem Investitionsschutzabkommen den großen Handels- und Dienstleistungskonzernen das Recht einzuräumen, die souveränen Staaten zu verklagen, wenn sie es wagen, handelshemmende Umwelt- oder Sozialgesetze zu erlassen.

Bei der WTO selber gibt es ein selbsternanntes Schiedsgericht als Schlichtungsstelle mit weitreichenden Befugnissen bei Rechtsstreitigkeiten, das hinter verschlossenen Türen ohne Anhörung einer Gegenpartei abschließend entscheidet.

Die Wirtschaft will also auch die Rolle des Gesetzgebers und der Parlamente sowie der Gerichtsbarkeit gleich mit übernehmen im Zuge einer Art Wirtschaftsdiktatur oder Diktatur der liberalisierten Märkte. Dazu ist schnell noch der Entwurf der EU-Verfassung geändert worden, nämlich der Artikel III-212, mit dem der Ausverkauf öffentlicher Dienstleistungen gefördert werden soll. Demnach erhält die EU sämtliche Zuständigkeiten für die Handelsliberalisierung und die Nationalparlamente und Kommunalparlamente bleiben weiterhin außen vor.

Das GATS-Abkommen erhält damit in Europa quasi Verfassungsrang, obwohl es gegen die nationalen Verfassungen verstößt.

Es bewirkt zudem die fast vollständige Entmachtung der längst amputierten Kommunalparlamente. Anstelle demokratisch gewählter Gremien entscheiden dann internationale Dienstleistungskonzerne und deren Handelsorganisation über unsere Geschicke vor Ort.

Die Lobby bei der Welthandelsorganisation und bei der EU hat also ganze Arbeit geleistet, denn sie wittert ein Milliardengeschäft:

Allein im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie mit der Trinkwasserversorgung hofft man, 6,5 Billionen Dollar jährlich an den Finanzmärkten weltweit erzielen zu können. Der Handel mit Dienstleistungen gilt als der wachstumsträchtigste Markt der Weltwirtschaft und umfasst 1/5 des gesamten Welthandels.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, es ist deutlich geworden:

Das GATS-Abkommen ist ein frontaler Angriff auf die Demokratie, auf die Menschenwürde und Solidarität sowie Gemeinnützigkeit.

Es bedeutet eine Entmündigung der Bevölkerung und ihrer gewählten politischen Gremien.

Es wäre der Anfang vom Ende der kommunalen Selbstverwaltung mit ihrer sozialen, politischen und kulturellen Funktion.

Das Prinzip der Solidarität auf Gegenseitigkeit würde abgelöst durch das Prinzip der privaten Zahlungsfähigkeit.

Öffentliche Dienste sind ja nach ihrem Selbstverständnis gerade solche Dienstleistungen, die nicht den Marktgesetzen und dem bloßen Profitstreben unterstellt werden dürfen, weil der Zugang zu den lebenswichtigen Gütern allen Menschen offen stehen muss.

Die von GATS erstrebte Privatisierung in Form der Kommerzialisierung wird die Lebensverhältnisse und Lebensqualität verschlechtern und die Versorgung der Menschen verteuern.

Weitere Sozial- und Kultureinrichtungen werden schließen und ungezählte Arbeitsplätze, insbesondere auch für Frauen, entfallen.

Im Juni vorigen Jahres hat der Weltsozialbericht von 28 Nichtregierungsorganisationen die Privatisierungswelle weltweit als die Hauptursache ausgemacht für das Nichterreichen der UN-Ziele, nämlich den Hunger und die Armut zu halbieren und die Bildung und Gesundheit zu verbessern.

Die Privatisierung in Form von Kommerzialisierung hat zur durchgehenden Verschlechterung der Lebensverhältnisse und der Lebensqualität geführt. Die Preise wurden erhöht und der Service verschlechtert. Nichtprofitable Sozial- und Kultureinrichtungen werden geschlossen.

Das Konkurrenz- und Wettbewerbsprinzip gewährleistet keine Qualitätssicherung und Versorgungssicherheit und verhindert eine ökologisch und sozial gerechte Preisgestaltung.

Das Bewusstsein für den ethischen Charakter zwischenmenschlicher Dienstleistungen und deren Unverkäuflichkeit geht verloren.

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird deshalb auch in unseren Städten immer größer. Eine Minderheit gewinnt mehr Lebensqualität, die Mehrheit wird abgekoppelt. Das hat ja vor 2 Wochen das Weltsozialforum in Indien der Weltöffentlichkeit zu verdeutlichen versucht, derweil Schröder in Afrika unerwünschte Militäreinsätze der deutschen Bundeswehr auf dem schwarzen Kontinent anbot.

Vor 2 Monaten hat deshalb auf der Bilanzkonferenz der Lokalen Agenda 21 in Bonn ein Vertreter des Club of Rome, der ja vor Jahrzehnten das Bestseller-Buch „Grenzen des Wachstums“ herausgegeben haben, ein neues Buch angekündigt:

„Die Grenzen der Privatisierung“. Denn dem Wachstumswahn folgte der zu stoppende Privatisierungswahn.

Aufklärung tut deshalb not.

Als wir von attac in Recklinghausen in der Fußgängerzone zum Thema GATS kreative Aktionen veranstalteten, konnten wir davon ausgehen, dass 98% der Menschen bis dahin noch nie von GATS gehört hatten. Als nicht sehr viel informierter erwiesen sich unsere örtlichen Politiker und Bundestagsabgeordneten bei einer Podiumsdiskussion zu diesem Thema.

Kein Wunder, denn der Bundestag hat dazu nichts zu beschließen. Alles läuft ohne Beschlussfassung der Nationalparlamente lediglich in Abstimmung mit dem Bundeswirtschaftsministerium über den EU-Handelskommissar Pascal Lamy, dessen engster Mitarbeiter vorher Lobbyist bei einem europäischen Dienstleistungshandelskonzern war.

Lediglich durch eine Anfrage der PDS und einen Fragestunde der SPD war der Bundestag mit GATS befasst. Was eine Enquete-Kommission des Bundestages dazu grundsätzlich an Einschränkungen forderte, interessierte weder in Berlin noch in Brüssel irgendjemanden.

Als wir von attac in Recklinghausen eine formelle Bürgeranfrage zu den kommunalen Auswirkungen von GATS einreichten und die Einberufung einer Einwohnerversammlung forderten, lehnte der Bürgermeister dieses ab mit folgender Begründung: Das Thema berühre nicht die Belange der Stadt und gehöre nicht in das Kommunalparlament.

Darum erfahren nun weder die Ratsmitglieder noch die Bürgerschaft von offizieller Seite, was da ab 2005 auf sie zukommt, obwohl der Städte- und Gemeindebund seine Besorgnis über GATS schon lange formuliert hat.

Widerstand gegen die verfassungswidrigen Vorhaben und gegen die virtuelle Auflösung der Gemeinde-Ebene

Denn in den Kommunalverfassungen, in den Gemeindeordnungen der Länder heißt es:

- 1. Die örtliche Gemeinschaft regelt alle Angelegenheiten der Daseinsvorsorge in eigener Verantwortung und Zuständigkeit.*
- 2. Die Gemeinden fördern das Wohl ihrer Einwohner in freier Selbstverwaltung durch ihre von der Bürgerschaft gewählten Organe.*
- 3. Die Gemeinden sind in ihrem Gebiet die ausschließliche Träger der öffentlichen Verwaltung.*
- 4. Eingriffe in die Rechte der Gemeinden sind nur durch Gesetz zulässig.*

Die Welthandelsorganisation ist aber kein legitimes Gesetzgebungsorgan, das unsere Kommunalverfassungen und die Bestandsgarantie der Gemeinden in den Verfassungen aushebeln kann.

Weil somit unsere demokratische Grundordnung in Kernpunkten gefährdet ist, bin ich persönlich der Auffassung, dass wir als Bürger das Recht und die Pflicht haben, von dem im Grundgesetz verankerten Widerstandsrecht für solche Fälle Gebrauch zu machen.

Mit dem GATS-Abkommen wird die partizipative Basisdemokratie vor Ort beseitigt, ebenso das Gemeinnützigkeits- und Selbstverwaltungsprinzip.

Auf subtile Weise beschleunigt und vervollständigt wird das Ganze durch die eingangs angedeutete dritte Gefährdung der Kommunalen Selbstverwaltung, nämlich durch E-Government, durch das elektronische Regieren und Verwalten gerade auch mittels des „virtuellen Rathauses“, mit dem die letzte Domäne der kommunalen Verwaltung dem Markt preisgegeben wird.

Den Bürgerinnen und Bürgern werden einerseits Serviceverbesserungen durch elektronische Vereinfachungen der Bürokratie mittels bequemer Antragstellung und Dienstleistung via Internet suggeriert, über ein gemeinsames Internet-Portal von Kommunal- und Regionalverwaltung, Landes- und Bundesbehörden, Fachbehörden und privaten Dienstleistungspartnern.

Dahinter aber verschwindet und verschmilzt andererseits das dienstleistende Rathaus mit seinen Ansprechpartnern und der Föderalismus unbemerkt im undurchschaubaren Netzwerk der privaten Dienstleistungsanbieter.

Damit löst sich die Gemeinde mit ihren örtlichen Zuständigkeiten Schritt für Schritt im virtuellen Netzwerk auf, so dass auch der Einfluss der Kommunalparlamente auf die einstigen Rathausdienstleistungen schwindet.

Damit gerät auch der kommunale Hoheitsbereich unter Privatisierungsdruck – oder unter bundesweiter Vereinheitlichung und Standardisierung von Dienstleistungen. Künftig sprechen Sie vielleicht statt mit ihrem wegrationalisierten Sozialhilfe-Sachbearbeiter vor Ort in Wiesbaden mit einer Hotline-Stimme im zentralen Hamburger Kompetenzzentrum für kommunale Sozialhilfedienstleistungen. Dort wird ihre digitale Bürgerakte unter Einschränkung des Datenschutzes zentral verwaltet.

Dies wäre Thema für einen ganzen weiteren Abend, so dass ich dazu auf meine ausführlichen Veröffentlichungen verweise unter der Internet-Adresse: <http://www.sozialimpulse.de/>.

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter, ich habe Sie jetzt als Zuhörer arg strapaziert, ebenso meine Stimme, und komme deshalb zum Schluss:

Und zwar möchte ich einen Satz unbekannter Herkunft zitieren, den ich vorige Tage in einer Publikation las:

„Erst wenn Eure Gemeinden in den Händen der Großkonzerne sind, werdet Ihr begreifen, dass Ihr versäumt habt, miteinander Eure Zukunft zu gestalten.“

**Die Zukunft gestalten: Eine andere Welt und eine andere Stadt sind möglich –
Demokratie durch mündige Bürger neu erfinden: Das Volk sind wir!**

Zum Abschluss deshalb noch 3 Sätze mit Blick auf die Zukunft:

Mit nachhaltigen und praxistauglichen Zukunftsmodellen, mit Sozialforen und Zukunftskonferenzen und Zukunftszirkeln, wie sie in diesem Jahr auch vom Forum für Kirche und Politik landauf und landab bundesweit geplant sind, sollten wir dem Niedergang der kommunalen Selbstverwaltung entgegenwirken – indem wir in den örtlichen und regionalen Gemeinschaften global denken und lokal handeln und uns vernetzen.

Meine Vorschläge dazu finden Sie auch im Internet unter www.privatisierungswahn.de.

Schon bisher funktioniert das kommunale Gemeinwesen nur durch die ehrenamtliche Arbeit von 40% der Bevölkerung oder durch Initiativen wie die lokale Agenda 21 an runden Tischen, wo sich beherzte Menschen zur Eigeninitiative und Eigenverantwortung zusammenfinden.

Wenn nicht jetzt, wann sonst müssen wir örtliche Demokratie und kommunale Selbstverwaltung neu erfinden in GATS-freien Zonen, die nicht nur symbolischen Charakter haben, sondern eine Art Widerstandsnester gegen die Markt-fundamentalisten sind, die unsere gemeinschaftlichen Solidarsysteme auf allen Ebenen zerstören wollen.

Nutzen wir unsere Gestaltungsfreiheit als mündige Bürgerinnen und Bürger, dann ist das drohende Ende der kommunalen Selbstverwaltung zugleich ein hoffnungsvoller Neubeginn. Packen wir`s gemeinsam an – dann das Volk sind wir!

Wilhelm Neurohr